

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Saben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Herausgeber: Gebr. Arnsholb, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Alttadt

Abonnementpreise: Einzelnummer 10 Pf., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 1,00 M., halbjährlich 1,80 M., jährlich 3,40 M. (Postzusatz 0,20 M.).

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.

Anzeigenpreise: Die vierspaltige Normalzeile 1500.— M., auswärts 1800.— M., die halbspaltige Reklamazeile 7000.— M., auswärts 8000.— M.

Nr. 159

Dresden, Mittwoch den 11. Juli 1923

34. Jahrg.

## Die letzte Viertelstunde

„Wir langen auf einem Vulkan, und wir stehen vor einer Revolution, wenn wir nicht durch eine ebenso entschlossene wie kluge Politik die Gegensätze verdrängen können.“

Stresemann im Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei, 8. Juli, 1923.

„Wir müssen bis zum Ende kämpfen, es handelt sich um die letzte Viertelstunde, die den Sieg entscheidet.“ So hat Millerand, der Präsident der französischen Republik, am Sonntag erklärt. Gort und klar bezeichnen diese Worte das Ziel der augenblicklichen Machthaber Frankreichs. Uns sagen sie nichts Neues.

Ein halbes Jahr dauert die Ruhrbesetzung, ein halbes Jahr die Friedensförderung. Unendliche Werte hat die Gewaltpolitik vernichtet. Nicht nur deutsche Werte, nicht nur Deutschlands Fähigkeit zur Reparationsleistung sind vernichtet. Die Vereinigten Staaten erkennen sich einer außerordentlichen Prosperität, die Kohlen- und Eisenproduktion hat den höchsten bisher erreichten Stand überschritten, die Arbeitslosigkeit ist gesunken, die Löhne sind gestiegen, der New Yorker Mauer erhält 12 Dollar Tageslohn, (fast zweieinhalb Millionen Mark täglich). Europa ist von der Teilnahme an der Prosperität ausgeschlossen, der Verelendung preisgegeben. Nielenhafte Aufzucht morder. Der ganze Osten und Südosten bedarf der Wiederherstellung seiner Transport- und Produktionsmittel. Mittelamerika bedarf der Hilfe ausländischer Kapitalisten, u. n. Staats- und Volkswirtschaft wieder herzustellen, die Produktion zu steigern, die Kaufkraft zu heben, um wieder Abzugsmarkt für England zu werden und so dessen Arbeitslose wieder in den Produktionsprozess einzureihen, um Baumwolle und Getreide von amerikanischen Farmern wieder beziehen zu können. Alle Bedingungen für eine Hochkonjunktur sind gegeben. Gewaltpolitik bereinigt und verhärtet die verheerende Krise.

Die englische Wirtschaft will diesen Zerwürfnißprozess nicht länger gewähren lassen. Gelernt hat die englische Politik Abhilfe, verlangt, England möchte endlich Sicherheit schaffen, eine Sicherheit, die das Kapital braucht, um in die neuen Anlagephären zu strömen.

Als die Ruhraktion begann, ist hier gesagt worden: Wirtschaftliche Verständigung, Erfüllung der Reparationsverpflichtungen, soweit die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft es irgendwie vermag, unbedingt und so schnell als möglich. Preisgabe von deutschem Land, verhäufte oder unverbüßte Inflation unter keinen Umständen! Dem französischen Militarismus und Annerionismus setzen wir unsere proletarische Waffe des friedlichen Widerstandes entgegen. Wer wir haben auch gesagt, daß der passive Widerstand allein keine Politik, sondern nur Mittel der Politik sein könnte. Gefahr läge im Verzuge, wirtschaftliche, finanzielle und Währungszerstörung drohten. Und je länger Frankreich an der Ruhr bleibe, desto stärker würde die militaristische und annexionsistische Strömung in der französischen Politik gewinnen. Deshalb forderten wir unausgesetzt Aktivität der deutschen Politik, um möglichst schnell einen Weg zu Verhandlungen zu bahnen! Viel zu spät und zunächst mit ganz unzulässlichen Mitteln hat die Regierung Cuno, endlich diesen Weg beschritten. Mittelbare oder unmittelbare Heberhebung von Ruhr und Rhein würde die französische Stellung in Europa zu einer übermächtigen machen. Sie würde dem französischen Militarismus einen Erfolg verschaffen, der ihn auf lange Zeit zum Herrn der französischen Politik machen würde. Die englische Politik, die mit Besorgnis die wachsende Unterfesselt und aufsteigende Frankreichs beobachtet, kann die Weiterentwicklung Frankreichs, die die Beherrschung der wichtigsten Kohlen- und Eisenbeden und der entscheidenden Verkehrswege MittelEuropas bedeuten würde, nicht gleichgültig ertragen. Deshalb Englands Bestreben, Frankreich zum Rückzuge aus der Ruhr zu bewegen. Englisches Wirtschafts- und ernstliches Machtinteresse verbindet sich so, um die englische Politik zur Intervention zu bestimmen.

Frankreich aber wartet. „Die Zeit arbeitet für uns: steht Deutschland nicht vor dem Zusammenbruch?“ Nicht schreit die Währungsökonomie fort. Soziale Unruhen werden unausbleiblich. Die Deutschvölkischen, seit der Aufhebung der nationalen Leidenschaften durch die Ruhraktion wieder reichlich mit Geldmitteln für ihre Geheimorganisationen versehen, rufen zum Bürgerkrieg. Dort haben sie die Kooperation mit ihnen können an. Die Erregung in den Volksmassen wächst. Unentschlossen, zaudernd, fast hilflos steht die deutsche Regierung diesem Treiben zu. Die Weisenden lassen sie im Stich, die Debitantenanleihe ist gescheitert, gegen alle energetischen Einriffe bräuh sich der zahlunfähige Vetrioidismus. So haben die französischen Nationalisten: „Wir brauchen nicht mehr lange warten, die letzte Viertelstunde naht, der Sieg ist unser. Deutschland kapituliert, hinter der Kapitulation steht der Verfall.“

Das sind die Hoffnungen der französischen Regierung, das sind die Besorgnisse der englischen Politik. Was aber tun, so fragen wir nun die deutsche Regierung, um die Hoffnungen der französischen Machthaber zu enttäuschen, um ihre Aktivität das deutsche Sozial zu beeinflussen, um die letzte Viertelstunde für Deutschland zu retten. Die Regierung Cuno-Rosenberg tut — fast nichts. Sie müßte alles tun, alles, mit äußerster Konzentration, Unerschrockenheit und Energie, was das deutsche Volk in den Stand setzt, die letzte

Vierteilstunde auszuhalten. Wir wollen hier nicht viel von der auswärtigen Politik sprechen, nur nochmals hervorheben, daß die Regierung, ohne erst Schritte von außen abzuwarten, gegen die Gewaltakte, die den positiven Widerstand schwer schädigen, hätte auftreten müssen, nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten. Wir hätten auch gewünscht, daß die Antwort auf den belgischen Schritt so fortwährend überlegt gewesen wäre, daß daraus nicht die belgischen Chauvinisten, sondern diejenigen in Belgien Förderung erfahren hätten, die Gegner der Invasionspolitik sind.

Jedoch die Hauptaufgabe, die jetzt zu leisten ist, ist eine der inneren Politik und der Wirtschaftspolitik. Alle Kräfte müssen zusammengefaßt werden, um die folgenstärkste Krise Deutschlands zu überleben. Aber gerade da, wo die Regierung frei, nicht unter dem ausenpolitischen Zwang, handeln kann und deshalb voll verantwortlich ist, hat sie Verfallnis auf Verfallnis gehäuft. Derselbe Regierung, die allzu lange in ausenpolitischer Passivität fortbare Zeit verstreichen ließ, hat es ebenso wenig verstanden, ihre Finanz- und Wirtschaftspolitik der langen Dauer der Ruhraktion anzupassen. Sie hat nach Bessersichs Vorbild im Krieges an positiven Widerstand bis in die allerletzte Zeit fast ausschließlich durch die Notenpresse finanziert, sie hat nichts getan, um durch neue Steuern der Billionenvermehrung der Schuld Einhalt zu tun, sie hat erst viel zu spät und unzulänglich für lebenswichtige Einsparungen der Steuern und ihre Anpassung an die Geldentwertung zu sorgen versucht. Sie hat nicht verstanden, rechtzeitig mit der nötigen Energie einzugreifen, als es ihr darum handelte, durch die Anpassung der Löhne an die Geldentwertung das Entstehen sozialer Verzweiflungsausbrüche zu verhindern. Es bedurfte nicht nur des ganzen Druckes unserer Organisationen, sondern großer Streiks, um das Prinzip der Wertbeständigkeit der Löhne durchzusetzen.

Vor allem aber verlagert die Politik der Regierung in der Währungsfrage. Es entschuldigt die Regierung nicht, daß sie die Reichsbank dabei als Mitschuldige hat. Wenn die Reichsbankleistung den Anforderungen der Zeit nicht gewachsen ist, dann hat die Regierung, sei es durch ihre Autorität, sei es durch Gesetz, dafür zu sorgen, daß die notwendige Aenderung eintritt. Dreimal hat die Reichsbank bisher Stützungsaktionen für die Mark unternommen. Jedemal zögernd, von außen gedrängt, mit halben Maßnahmen und unzureichenden Mitteln. Nie aber unumgänglich, als augenblicklich wo schlechthin alles auf dem Spiele steht und deshalb der Einsatz aller Mittel gerechtfertigt ist. Denn nur von der Währungsseite her läßt sich die Preisbewegung beherrschen. Nur durch die Beherrschung der Preisbewegung lassen sich die sozialen Konsequenzen, läßt sich die wachsende

Erregung und Vergrößerung der Massen der Arbeiter und des exproprierten Mittelstandes eindämmen.

Was aber ist geschehen? Man hat die sozialdemokratische Forderung der Devisenzentrale abgelehnt, dann aber durch die rein mechanische Einführung des Einheitsfußes eine Zentralisierung mit all ihrem Nachteil, aber ohne den entscheidenden Vorzug geschaffen, die Berechtigung der Devisenansprüche prüfen zu können. Man hat verabsäumt, durch eine Intervention an den ausländischen Börsen für die Uebereinstimmung der Kurse zu sorgen und so die Berechtigung der in- und ausländischen Bewertung, den Schlichthandel und die schwarze Börse geschaffen. Man hat nämlich gerade das Wichtigste vergessen, nämlich die Verwirklichung eines ausreichenden Devisenfonds, aus dem die berechtigten Wirtschaftsbetriebe hätten befristet werden können. Die Regierung hat zwar mit der Industrie verhandelt, der Reichsverband hat zwar seinen Mitgliedern geraten, Devisen zur Verfügung zu stellen, geschehen aber ist nichts, und der Brief des Reichsverbandes ist höchstens dazu benutzt worden, um auf seiner Rückseite die Aufträge für die neuen Devisenkäufe zu notieren. Taus, hat man erfahren — und der Abg. Lange-Begermann hat sich ein Verdienst erworben, es im Untersuchungsausschuß offen ausgesprochen zu haben —, daß in der Regierung Cuno es überhaupt keine einheitliche Wirtschaftspolitik gibt, daß die Reflektion auch in dieser Zeit unabhängig von einander und deshalb schon gegeneinander arbeiten.

So kann es allerdings nicht weitergehen. Abg. Stresemann spricht mit Recht vom Tanz auf dem Vulkan, und er fordert mit Recht die notwendigen Opfer von der Wirtschaft. Aber nicht Verhöhnung der Gegensätze ist es, was nötig ist, sondern rücksichtsloses Durchsetzen des für den Staat und für die Allgemeinheit in dieser Krise Notwendigen, im Gegensatz zu allen partikularen Wirtschaftsteilen. Wir brauchen die stärkste Anspannung der Steuerkraft, die Eindämmung der wachsenden Schuld um jeden Preis. Wir brauchen eine energische Stützungsaktion und dazu muß die Wirtschaft einen Teil der notwendigen Devisen beisteuern. Da sich die Herren nicht bewegen lassen, freiwillig der Reichsbank die notwendigen Devisen zu leisten, so darf man vor gesetzlichem Zwang nicht zurückweichen. Dazu muß eine werbefähige langfristige Anleihe des Reiches treten, deren Zinsen die Reichsbank garantieren muß, um die Noten aus der Zirkulation herauszunehmen, die Inflation zu verringern und dem Reiche in seiner höchsten Not Mittel zuzuführen.

Die Sozialdemokratie jedenfalls will nicht in totalitärer Ergebenheit die letzte Viertelstunde erwarten. Niemand kann saen, wie der Vulkan sein wird. Aber wir müssen von der Regierung fordern, daß kein Mittel verweigert wird, das helfen kann. Mit klaren Worten ist es in der Politik nie getan und am wenigsten jetzt. Jetzt heißt es handeln, ehe es zu spät ist.

## Hochverrat der „Vaterländischen Verbände“

München, 10. Juli. (Sig. Trahtbericht.)

Die Verlesung des Urteils im Fuchsprozess wurde am Dienstag mittags gegen 1 Uhr beendet. Einen breiten Raum nimmt darin auch die Schilderung der Beziehungen zwischen den Hochverrättern und den Vaterländischen Verbänden ein. Diese Beziehungen wurden hergestellt durch Wachmann, der 1899 Mitglied des Bundes TreueOberland, später Bund Völkler, war und am den 20. Oktober vorigen Jahres herum die ersten 200 000 M., den damaligen Selbstverleihen Vorstehenden, Hauptmann von Wendt, übergab. Dieser „nationalguterliche“, aber politisch verfallene unerschrockene Mann gläubte der Schilderung des Wachmann über einen nahe bevorstehenden Ausbruch des Sozialismus und wurde ungesäumt die sofortige Vereinfachung seiner Vermögensgruppe an. Der demagogische Aktivismus innerhalb der Verbände war es, auf dem die Hochverräter stützten. Zudem, Wachmann über Reichsregierungsumkehrungen aufzudecken. Alles in allem möge der Gesamtbeitrag der Hochverräter etwa 100 bis 120 Millionen Mark gewesen sein; sicher nachweisbar sind 62 Millionen Mark an Kauter, 26 Millionen Mark an Schäfer und 4 Millionen Mark an Berger, ausgedem das Vorhandensein von sechs Gehaltsheften, deren Inhalt zahlenmäßig nicht festgelegt werden konnte. Das Gericht glaubt den vier Hauptzeugen, daß sie das empfangene französische Geld vielfach zu Organisationszwecken verwendet haben, ohne für sich einen Pfennig zu behalten. Es sei aber ein bestimmter und ständiger Gedanke, daß französische Judasgeld für deutsche Vaterländische Freie verwendet werden ist. Dieses Judasgeld habe dem deutschen Volke schweren Schaden zugefügt, der wohl größer sei, als der Nutzen, der dem deutschen Vaterlande durch die Tätigkeit der Abwehrlinge der vier Hauptzeugen erwachsen ist. Die Meinung des Gerichts ist: „Wenn schon die vier Hauptzeugen freiwillig aus Vaterländische die Abwehrlinge übernommen haben, so hätten sie ausnahmslos jeden Pfennig der Hochverräter bei der Polizei oder einer sonstigen Behörde deponieren oder alles Geld sofort verbrennen oder vernichten müssen. Judasgeld muß in jeder Form von Deutschland ferngehalten werden, sonst wird und muß unser Vaterland zugrunde gehen.“

Zu den schweren Angriffen der Verteidigung auf die Ehre der Zeugen erklärt das Gericht u. a. folgendes: „Die vier Abwehrlinge Kauter, Friedland, Kauter, Schäfer haben ihre Tätigkeit in Vaterländischem Interesse ausgeübt, mit dem Zweck, die Hochverräter zu überführen und sie der strafrechtlichen Verfolgung zu übermitteln. In keinem Zeitpunkt ihrer Tätigkeit sind diese vier Leute oder auch nur einer von ihnen Mittäter oder Helfer gewesen.“

Die Angeklagten, die lebenden und die toten, werden mit ihrer Aburteilung aus dem öffentlichen Interesse verdrängen und das mit Recht. Denn jedermann empfindet mit instinktiver Sicherheit, daß diese paar politischen Gerngroße, die hier in den Majaken der Strafgefängnisse sitzen gelassen sind, nur deswegen zu ihrer heutigen Bedenmung gelangten, weil sie ihren Hochverrat auf einem Acker bauten, der von ganz anderen gewichtigeren Deuten gepflügt und abgedüngt worden ist. Sie liegen tatsächlich Dinge verborgen, die im Verlauf des Prozesses immer und immer wieder ans Licht des Tages drängten, jedesmal aber von der Haut des Gerichts in die Dunkelheit zurückverloren wurden. Infolgedessen ist die Feststellung notwendig, daß eine sachliche Aufklärung über den tatsächlichen Umfang der Hochverräterbetreibungen Bayerns vom Reich in keiner Weise erfolgt ist. Offenbar lag dies auch von vornherein in der Absicht des Gerichts, ein Vergehen, der das natürliche Empfinden weitest Volkstreu in außerordentlichem Maße verletzen muß und der geeignet ist, das Vertrauen in die Objektivität der bayerischen Rechtspflege, soweit das noch nicht geschehen ist, restlos zu erschüttern. Man kann sich wohl vorstellen, daß die heute in Bayern maßgebenden Gewalten einer vollständigen Klärung dieser hochverräterischen Materie durchaus abgeneigt waren, und zwar, wie man sagt, aus „vaterländischen Rücksichten“. Das hätte aber das Gericht nicht von seiner selbstverständlichen Pflicht abhalten dürfen, alle Dinge um Fuchs herum objektiv festzustellen, und wäre dies auch hinter verschlossenen Türen geschehen. Doch es dies nicht tat, berechtigt zu dem Vorhall, daß durch dieses Verfahren die Wahrheit verkleinert und die Gerechtigkeit in ihrem Lauf gehemmt wurde.

Zum Beweise dafür nur wenige Tatsachen: Fuchs stand seit Jahren in nahen Beziehungen zum ehemaligen Kronprinzen, spricht, die miteinander so vertraut waren, daß sich Fuchs jederzeit, auch nachts, bei Hauptredt melden lassen konnte und empfangen wurde. Zwischen beiden wurde über die französischen Verbindungen des Fuchs gesprochen, über Ritter und andre Franzosen, und wohl auch über die Absichten, mit denen sich 1921 das offizielle Paris betriebs Bayern und dem Hause Wittelsbach trug und worüber Fuchs gerade in dieser Zeit mit Loucheur ver-